

# politfocus **sozialpolitik**



# Inhalt

<b>Rubrik</b>	<b>Thema</b>	<b>Seite</b>
<b>Editorial</b>	Volk und Stände sagen Ja.....	2
<b>Bundesrat und Bundesverwaltung</b>	Menschen mit Beeinträchtigung besser ins Arbeitsleben integrieren .....	3
	Die Behindertenpolitik soll vertieft werden.....	3
	Vergabe der Mandate für den Betrieb der Geschäftsstelle «fide» .....	3
	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Entwicklungsländern verbessern .....	3
	Wohnungspolitische Dialog weitergeführt.....	4
	Bundesrat lehnt Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab .....	4
	Schweizer wird Ko-Leiter einer Expertengruppe .....	4
	Impulsprogramm für familienergänzende Kinderbetreuung .....	4
	Förderprogramm zur Entlastung pflegender Angehöriger .....	5
	Freiheitszug und Jugendsanktionsvollzug 2016 .....	5
	Ausländerstatistik 2016 .....	5
	Asylstatistik 2016 .....	5
	Lage auf dem Arbeitsmarkt Januar 2017 .....	5
	Solidarität im Asylbereich: Justiz- und Innenministerrat der EU .....	6
	Bundesrat will kantonale Integrationsprogramme fortsetzen .....	6
	Schweiz engagiert sich weltweit gegen Kinderarbeit.....	6
	Ausführungsbestimmungen zur neuen Landesverweisung verabschiedet.....	6
	Bundesrat eröffnet Vernehmlassung für direkten Gegenentwurf zur Rasa-Initiative .....	7
	Breitere Verwendung der AHV-Nummer .....	7
	Neues Bundesasylzentrum im Kanton Tessin .....	7
	Arbeitsbesuch der Nationalen Behörde Tunesiens zur Verhütung von Folter .....	7
<b>Parlament</b>	Vorschau Frühjahrsession 27.02. – 17.03.2017 .....	8
	> Nationalrat .....	8
	> Ständerat .....	14
<b>Verbände und NGOs</b>	Arbeitsintegration: SKOS fordert Initiative von Staat und Wirtschaft.....	21
	Neue SKOS-Richtlinien in den Kantonen weitgehend umgesetzt .....	21
	«Allianz Ergänzungsleistungen»: kein Abbau bei den Ergänzungsleistungen.....	21
	CURAVIVA & senesuisse: Revision der Ergänzungsleistungen .....	22
	KOVI: Nationaler Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte .....	22
	Bericht zur nationalen Behindertenpolitik: Stellungnahmen .....	22
	Inclusion Handicap: Bevölkerungsschutz – Bericht mit vielen Fragezeichen .....	23
	Travail.Suisse: bessere Anerkennung der Betreuungsarbeit.....	23
	Schweizerischer Seniorenrat: Heraufsetzung der ärztlichen Kontrolluntersuchung .....	23
<b>Impressum</b>	.....	24

## Volk und Stände sagen Ja



**Sabine Graf**

Unerwartet deutlich haben sich Volk und Stände vergangenen Sonntag entschieden: Ausländerinnen und Ausländer der dritten Generation sollen künftig erleichtert eingebürgert werden. Damit hat der Souverän im vierten Anlauf, nach den verlorenen Abstimmungen in den Jahren 1983, 1994 und 2004, einer entsprechenden Verfassungsänderung zugestimmt. Das für die Umsetzung notwendige Gesetz hat das Parlament bereits angepasst. Nun startet die Referendumsfrist, in Kraft treten soll die Reform spätestens in einem Jahr.

Ging man noch davon aus, dass die Vorlage am Ständemehr scheitert, fiel der Entscheid erstaunlich klar aus: 60,6 Prozent und 19 von 26 Kantonen stimmten für die erleichterte Einbürgerung. Am deutlichsten fiel die Ablehnung in den beiden Kantonen Appenzell Innerrhoden und Schwyz aus. Am anderen Ende der Skala und steht die Westschweiz mit einer Zustimmung von 70 Prozent, allen voran der Kanton Neuenburg. Dieses Ergebnis überrascht nicht, wenn man bedenkt, dass im Kanton Neuenburg Ausländerinnen und Ausländer in den Gemeinden sowie auf Kantonebene stimmen, wählen und gewählt werden können.

Nach wie vor – und auch mit der Reform – ist die Schweiz in Sachen Einbürgerungen aber strenger als zum Beispiel die USA, wo Kinder automatisch Amerikaner werden, die im Land geboren werden. Oder auch Deutschland, wo diejenigen Kinder bei Geburt Deutsche werden, deren eine Elternteil seit mindestens acht Jahren legal im Land lebt und eine unbefristete Aufenthaltsbewilligung aufweist.

Die Reform geht auf eine parlamentarische Initiative der SP-Nationalrätin Ada Marra zurück, entsprechend zufrieden zeigte sich die SP über das «erfreuliche Willkommen-Signal», wie sie in ihrer Medienmitteilung schreibt. Ebenso zufrieden zeigten sich die beiden Parteien FDP und CVP – beide gehörten übrigens mit zu den Befürwortern der Reform.

Verliererin in dieser Abstimmung war die SVP. Zum dritten Mal in Folge verlor sie in einem ihrer politischen Kernbereiche eine Abstimmung. Doch die SVP plant bereits ihre nächsten Schritte: Noch in der Frühjahrs-session will sie einen Vorstoss gegen das Doppelbürgerrecht einreichen: Wer eingebürgert werden will, muss den Pass des Herkunftslandes abgeben.

## Bundesrat und Bundesverwaltung

### **Menschen mit Beeinträchtigungen besser ins Arbeitsleben integrieren**

Bundesrat Alain Berset hat am 26. Januar 2017 die «Nationale Konferenz zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung» eröffnet. Ziel der Konferenz ist es, Menschen mit Beeinträchtigungen verstärkt in die Arbeitswelt zu integrieren. Im Zentrum der ersten von drei Arbeitstagen stand im Januar die Frage, wo prioritär Handlungsbedarf besteht. Ziel der zweiten Arbeitstagung (am 18. Mai) ist es, mögliche Massnahmen zu identifizieren. An der dritten Arbeitstagung am 21. Dezember soll schliesslich ein Masterplan verabschiedet werden.

- Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), Kommunikation, T 058 462 77 11

### **Die Behindertenpolitik soll vertieft werden**

Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) zeigt in einem Bericht auf, wie die Gleichstellung in allen Lebensbereichen verankert und speziell in der Arbeitswelt gefördert werden kann. Der Bundesrat hat am 11. Januar 2017 den Bericht zur Kenntnis genommen und das EDI beauftragt, die Massnahmen mit den Kantonen und Verbänden zu diskutieren und bis Ende 2017 einen neuen Bericht vorzulegen.

- Andreas Rieder, Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (EBGB), Leiter, T 058 46 38394

### **Vergabe der Mandate für den Betrieb der Geschäftsstelle «fide»**

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat die am 1. Juli 2016 ausgeschriebenen Mandate zur Weiterführung und Erweiterung der Geschäftsstelle «fide» an drei verschiedene Anbieter vergeben. Das Los 1 wird von einer Bietergemeinschaft getragen, bestehend aus den drei Unternehmen Proactif Ouvertures Sàrl, SynAct.org Sàrl sowie Sprache & Integration GmbH. Für das Los 2 wird die Stiftung ECAP verantwortlich sein. Das Mandat für das Los 3 läuft über zwei Jahre und wurde an Social Input GmbH vergeben. Die Geschäftsstelle «fide» hat den Auftrag, die Qualität der Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten weiterzuentwickeln und nationale Instrumente zur Evaluation der sprachlichen Kompetenzen einzuführen.

- Information und Kommunikation, Staatssekretariat für Migration (SEM), T 058 465 78 44

### **Wirtschaftliche Rahmenbedingungen sollen in Entwicklungsländern verbessert werden**

Der Bundesrat hat am 11. Januar 2017 beschlossen, weltweit bei der Verbesserung von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mitzuhelfen. Er hat dazu einen Beitrag von CHF 45 Millionen für Reformen des Investitionsklimas in 20 SECO-Partnerländern von 2017 bis 2024 gutgeheissen. Die Gelder sollen wo möglich mit dem Thema Migration verknüpft werden.

- Liliana de Sá Kirchknopf, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) Privatsektorförderung, Ressortleiterin, T 058 462 19 31

### **Wohnungspolitischer Dialog wird als Informations- und Koordinationsplattform weitergeführt**

Der Bundesrat hat vom Schlussbericht des wohnungspolitischen Dialogs zwischen Bund, Kantonen und Städten Kenntnis genommen. Der Bericht fasst die Ergebnisse des bisherigen Austauschs zusammen und widmet sich den Herausforderungen, die sich im Wohnungswesen längerfristig stellen. Dazu gehören die Verminderung des Ressourcenverbrauchs im Wohnungsbau und in der Wohnnutzung, die Bewahrung der Besiedlung des Berggebiets und der ländlichen Räume sowie die Versorgung der wirtschaftlich schwächeren Wohnungsnachfrager und der Bevölkerung mit besonderen Bedürfnissen, insbesondere der älteren Menschen. Die Arbeitsgruppe fordert Bund, Kantone und Städte auf, ihr bisheriges, bewährtes wohnungspolitische Engagement fortzusetzen. Der Dialog soll als Informations- und Koordinationsplattform weitergeführt werden. Namentlich legt die Arbeitsgruppe dem Bundesrat nahe, die Volksinitiative des Mieterverbandes «Mehr bezahlbare Wohnungen» (siehe unten) zur Ablehnung zu empfehlen, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau jedoch fortzusetzen und den «Fonds de roulement» mit zusätzlichen Krediten aufzustocken.

➔ Ernst Hauri, Bundesamt für Wohnungswesen (BWO), Direktor,  
T 058 480 91 82

### **Bundesrat lehnt Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab**

Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab. Dem Parlament soll jedoch eine Aufstockung der Kredite zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus unterbreitet werden (siehe oben). Diesen Grundsatzentscheid hat er am 25. Januar 2017 gefällt. Das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) wurde beauftragt, eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten.

➔ Ernst Hauri, Bundesamt für Wohnungswesen (BWO), Direktor,  
T 058 480 91 82

### **Schweizer wird Ko-Leiter einer Expertengruppe, die den ersten Weltbericht zur nachhaltigen Entwicklung verfasst**

Die Schweiz begrüsst die Ernennung von Peter Messerli, Direktor des Interdisziplinären Zentrums für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt (CDE) der Universität Bern, zum Ko-Vorsitzenden einer Expertengruppe, die den ersten Weltbericht zur nachhaltigen Entwicklung der Agenda 2030 erstellt. Seine Kandidatur als unabhängiger Experte wurde von der Schweiz unterstützt.

➔ Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), T 058 462 31 53

### **Impulsprogramm für familienergänzende Kinderbetreuung: EDI erlässt Prioritätenordnung**

Ende Januar 2019 läuft die zweite Verlängerung des Impulsprogramms des Bundes für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen aus. Die Finanzhilfen des Bundes entsprechen nach wie vor einem grossen Bedürfnis. Da das Departement des Innern (EDI) davon ausgeht, dass der aktuell noch zur Verfügung stehende Kredit nicht bis Ende Januar 2019 reichen wird, erliess es auf den 1. Februar 2017 eine Prioritätenordnung, mit der eine möglichst ausgewogene regionale Verteilung der Mittel erreicht werden soll.

➔ Cornelia Louis, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV), Leiterin Ressort Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung, T 058 464 07 41

### **Bund lanciert Förderprogramm zur Entlastung von pflegenden und betreuenden Angehörigen**

«Weiterentwicklung der Entlastungsangebote für pflegende Angehörige» ist ein weiteres Förderprogramm, welches das Bundesamt für Gesundheit (BAG) lanciert hat. Ziel des Förderprogramms ist es, die Situation und Bedürfnisse von pflegenden Angehörigen zu erforschen. Angesprochen sind Forschende in den Bereichen des Gesundheits- und Sozialwesens. Das Förderprogramm dauert von 2017 bis 2020.

➔ Bundesamt für Gesundheit (BAG), Kommunikation, T 058 462 95 05

### **Freiheitsentzug und Jugendsanktionsvollzug 2016 – etwas mehr Jugendliche fremdplatziert und Erwachsene inhaftiert**

Aus der neusten Erhebung zum Freiheitsentzug und Jugendsanktionsvollzug des Bundesamts für Statistik (BFS) geht hervor, dass am 7. September 2016 schweizweit 477 Minderjährige nach Begehung einer Straftat ausserhalb ihrer Familien platziert waren. Zum ersten Mal seit Beginn der Stichtagserhebung (im Jahr 2010) für fremdplatzierte Jugendliche zeigt sich ein Anstieg (+5 Prozent, +22 Personen zum Vorjahr). Der langjährige Trend liegt hingegen seit 2010 bei -45 Prozent. Zwischen 1999 und 2016 hat sich die Anzahl inhaftierter Personen im vorzeitigen Strafvollzug mehr als verdoppelt (auf 1032).

➔ Brigitte Schürch, Bundesamt für Statistik (BFS), Sektion Kriminalität und Strafrecht, Auskunft zu Jugendlichen, T 058 463 69 78

➔ Daniel Laubscher, Bundesamt für Statistik (BFS), Sektion Kriminalität und Strafrecht, Auskunft zu Erwachsenen, T 058 463 65 98

### **Ausländerstatistik 2016**

Die Einwanderung der Ausländerinnen und Ausländer in die Schweiz ist seit drei Jahren rückläufig. Im vergangenen Jahr war der Wanderungssaldo über 15 Prozent tiefer als im Jahr 2015 und betrug 60'262 Personen. Im Jahr 2016 wanderten gesamthaft 143'100 Ausländerinnen und Ausländer in die Schweiz ein (knapp 5 Prozent weniger als im Vorjahr). Gleichzeitig hat die Auswanderung um 5,6 Prozent zugenommen (77'590 Personen), was zu einem deutlich tieferen Wanderungssaldo führt als 2015. Somit lebten Ende 2016 insgesamt 2'029'527 Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz. Die Mehrheit, der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung stammten aus den EU-17/EFTA-Staaten.

➔ Staatssekretariat für Migration (SEM), Mediendienst, T 058 465 78 44

### **Asylstatistik 2016**

2016 wurden in der Schweiz 27'207 Asylgesuche gestellt. Der Hauptgrund für diese relativ hohe Zahl ist das Fortbestehen zahlreicher Krisen- und Konfliktherde im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent. In der Schweiz ging die Zahl der Asylgesuche gegenüber 2015 um 31,2 Prozent zurück. Im Dezember wurden in der Schweiz 1766 Gesuche registriert, gut 64 Prozent weniger als im Dezember des Vorjahres. Für das Jahr 2017 rechnet das Staatssekretariat für Migration (SEM) mit rund 24'500 (+/-2'500) neuen Asylgesuchen.

➔ Staatssekretariat für Migration (SEM), Mediendienst, T 058 465 78 44

### **Lage auf dem Arbeitsmarkt im Januar 2017**

Gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) waren Ende Januar 2017 164'466 Arbeitslose bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

### **Solidarität im Asylbereich: Bundesrätin Sommaruga am Justiz- und Innenministerrat der EU**

gemeldet; das sind 5'094 mehr als im Vormonat. Damit stieg die Arbeitslosenquote von 3,5 Prozent im Dezember 2016 auf 3,7 Prozent im Januar 2017.

➔ Antje Baertschi, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Leiterin Kommunikation und Mediensprecherin, T 058 463 52 75

Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), nahm in Malta am informellen Treffen des Justiz- und Innenministerrats (JI-Rat) teil. Im Fokus der Gespräche stand die Frage der Solidarität der Staaten im Migrationsbereich. Am Rande des Ratstreffens führte Bundesrätin Sommaruga verschiedene bilaterale Gespräche, unter anderem mit Carmelo Abela, dem Minister für Inneres und Sicherheit von Malta, das derzeit die Ratspräsidentschaft innehat. Ebenso nahm sie die Gelegenheit wahr, Thomas de Maizière, ihren Amtskollegen aus Deutschland, zu einem Gespräch zu treffen. Die beiden tauschten sich über den gemeinsamen Aktionsplan Schweiz-Deutschland von Oktober 2016 aus.

➔ Justiz- und Polizeidepartement (EJPD), Informationsdienst, T 058 462 18 18

### **Bundesrat will kantonale Integrationsprogramme fortsetzen**

Bund und Kantone wollen die kantonalen Integrationsprogramme (KIP) fortsetzen, welche gemeinsam finanziert werden. Eine Zwischenbilanz hat gezeigt, dass sich die KIP als flexibles Instrument der Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern bewährt haben. So wurde die Rolle der Kantone in der Integrationsförderung gestärkt. Die Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Akteuren, wie der Berufsbildung, den Arbeitsmarktbehörden oder der Volksschule, hat sich deutlich verbessert. Des Weiteren konnte in den Gemeinden die Integration vor Ort besser verankert werden. Der Bundesrat beantragt deshalb dem Parlament einen neuen Verpflichtungskredit für die kantonalen Integrationsprogramme 2018 bis 2021.

➔ Staatssekretariat für Migration (SEM), Mediendienst, T 058 465 78 44

### **Schweiz engagiert sich weltweit gegen Kinderarbeit**

Der Bundesrat hat im Januar 2017 in Erfüllung eines Postulats der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats seinen Bericht über das Engagement der Schweiz gegen Kinderarbeit verabschiedet. Er empfiehlt, die Bemühungen auf der Basis des aktuellen Engagements weiterzuverfolgen.

➔ Valérie Berset Bircher, Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), Direktion für Arbeit, Stv. Leiterin Internationale Arbeitsfragen, T 058 462 29 54

### **Ausführungsbestimmungen zur neuen Landesverweisung verabschiedet**

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 1. Februar 2017 die Ausführungsbestimmungen zur neuen Landesverweisung verabschiedet. Aufgrund der am 1. Oktober 2016 in Kraft getretenen Gesetzesbestimmungen zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative müssen vierzehn Bundesratsverordnungen aus den Bereichen Ausländer- und Asylrecht, Strafrecht und Polizeirecht angepasst und ergänzt werden. Die vierzehn Verordnungen treten am 1. März 2017 in Kraft, wodurch die Voraussetzungen für eine Statistik zur Landesverweisung geschaffen werden.

➔ Peter Häfliger, Bundesamt für Justiz (BJ), T 058 462 41 45

### **Bundesrat eröffnet Vernehmlassung für direkten Gegenentwurf zur Rasa-Initiative**

Am 1. Februar 2017 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zu zwei Varianten für einen direkten Gegenentwurf zur Rasa-Initiative eröffnet. Die sogenannte Rasa-Initiative («Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten») will die Ergebnisse der Abstimmung vom 9. Februar 2014 rückgängig machen sowie die Bestimmungen zur Zuwanderung ersatzlos aus der Verfassung streichen. Bereits im Oktober 2016 hatte der Bundesrat die Ablehnung der Initiative entschieden und ihr einen direkten Gegenentwurf gegenüber gestellt.

- Informationsdienst, Justiz- und Polizeidepartement (EJPD),  
T 058 462 18 18

### **Breitere Verwendung der AHV-Nummer**

Mit einer kontrollierten Verwendung der AHV-Nummer will der Bundesrat die Verwaltungsabläufe effizienter machen. Künftig will er die systematische Verwendung der AHV-Nummer durch die Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden erleichtern, wobei der Datenschutz gewahrt bleiben soll. Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) wurde vom Bundesrat beauftragt, bis im Herbst 2017 eine entsprechende Gesetzesvorlage zu erarbeiten.

- Colette Nova, Vizedirektorin, Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV),  
T 058 462 90 70

### **Neues Bundesasylzentrum auf dem Gebiet der Gemeinden Balerna und Novazzano vorgesehen**

Der Standort für eines von zwei neuen Bundesasylzentren für die Region Zentral- und Südschweiz steht fest: Das künftige Bundesasylzentrum mit Verfahrensfunktion ist an der südlichen Landesgrenze vorgesehen – zwischen den Gemeinden Balerna und Novazzano. Gemäss der vom Volk befürworteten Gesetzesänderung zur Beschleunigung der Verfahren werden dort die neuen Asylverfahren durchgeführt. Das bestehende Zentrum in Chiasso wird dann zur Erstanlaufstelle.

- Paolo Beltraminelli, Staatssekretariat für Migration (SEM), Information und Kommunikation, T 058 465 78 44

### **Arbeitsbesuch der Nationalen Behörde Tunesiens zur Verhütung von Folter**

Vom 12. bis 16. Februar 2017 stattet eine Delegation der Nationalen Behörde Tunesiens zur Verhütung von Folter (INPT) der Schweiz einen Arbeitsbesuch ab. Dieser erfolgt in Zusammenhang mit einem Kooperationsprojekt der Vereinigung für die Prävention von Folter (APT) und der Weltorganisation gegen Folter (OMCT); das Kooperationsprojekt wird vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), von der Abteilung Menschliche Sicherheit, unterstützt. Gemeinsam mit der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) und dem EDA wird die Delegation ihre Arbeit und Herausforderungen besprechen.

- Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), T 058 462 31 53



## Parlament

### Vorschau Frühjahrsession 27.02. – 17.03.2017

#### Nationalrat

##### Bundesratsgeschäfte

#### Stabilisierungsprogramm 2017-2019 (16.045) Entwurf 1

Der Ständerat hat in der Wintersession 2016 eine erste Differenzbereinigung der Vorlage vorgenommen. Die Finanzkommission des Nationalrates (FK-NR) hat am 13. Januar 2017 diese Differenzen vorberaten und beantragt, bei allen Punkten an der Position des Nationalrates festzuhalten:

Im Bereich Personal und Eigenaufwand möchte der Nationalrat in den Jahren 2018 und 2019 zusätzlich CHF 100 Millionen kürzen. Die FK-NR beantragt mit 15 zu 9 Stimmen daran festzuhalten. Im Bereich Migration und Integration will der Nationalrat ebenfalls zusätzliche Einsparungen von CHF 23,3 Millionen. Die FK-NR bekräftigt diese Position mit 14 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung. Im Gesundheitsbereich will der Nationalrat beim Bundesgesetz über die Krankenversicherung den Bundesbeitrag bei der obligatorischen Krankenpflegeversicherung von 7,5 Prozent auf 7,3 Prozent senken. Der Ständerat will bei den 7,5 Prozent bleiben. Die FK-NR beantragt mit 15 zu 9 Stimmen an der Senkung festzuhalten.

⌘ Der Nationalrat behandelt die Differenzen am 27. Februar 2017. Sollten weiterhin solche bestehen, werden diese am 9. März 2017 im Ständerat beraten. Sollte es zu einer Einigungskonferenz kommen, werden die Anträge in beiden Räten am 15. März 2017 beraten.

#### Altersvorsorge 2020. Reform (14.088)

#### Entwurf 1: Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020

#### Entwurf 2: Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

Bei der Reform der Altersvorsorge liegt eine zentrale Differenz zwischen dem National- und Ständerat darin, wie die Rentenverluste ausgeglichen werden sollen, die entsprechend aus der Senkung des Mindestumwandlungssatzes in der zweiten Säule entstehen. Um einen Kompromiss zu finden, hat die Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) das Modell des Nationalrates weiter entwickelt und beantragt dieses mit 13 zu 12 Stimmen. Das Modell sieht vor, dass vor allem die jüngeren Erwerbstätigen sowie ihre Arbeitgeber geringere Sparbeiträge an die Pensionskasse zahlen müssen (5 Prozent im Alter von 25 bis 34 Jahren; 8 Prozent im Alter von 35 bis 44 Jahren), wodurch die Kompensationskosten deutlich gesenkt werden können. Das Rentenniveau bliebe auch im weiterentwickelten Modell gesichert, da es keinen Koordinationsabzug vorsieht und Sparbeiträge damit auf dem ganzen versicherten Lohn erhoben werden.

Eine Kommissionsminderheit will dem Ständerat folgen: Dieser hatte zur Kompensation neben den Massnahmen in der beruflichen Vorsorge auch solche in der AHV beschlossen; diese sehen einen Rentenzuschlag von CHF 70 pro Monat für Neurentner sowie eine Erhöhung des Plafonds bei den Ehepaar-

Renten auf 155 Prozent vor. Diese Rentenverbesserungen werden von einer Kommissionsmehrheit abgelehnt, jedoch will sie jenen Personen die Frühpensionierung erleichtern, die früh zu arbeiten begonnen und einen geringen Verdienst hatten (Kosten von 300 Millionen Franken). Berücksichtigt man alle Massnahmen, fällt das Kompensationsmodell der Nationalratskommission insgesamt günstiger aus als das Ständeratsmodell: Die Kompensationskosten von CHF 4,45 Milliarden Franken sinken auf CHF 2,85 Milliarden im Jahr 2030 (Ständeratsmodell: CHF 3,25 Milliarden im Jahr 2030).

Am zweistufigen Interventionsmechanismus in der AHV hält die SGK-NR – entgegen dem Ständerat – fest (Stichentscheid des Präsidenten bei 12 zu 12 Stimmen). Mit dem Interventionsmechanismus soll für diejenigen Fälle vorgesorgt werden, in denen die Politik nicht rechtzeitig Gegensteuer gibt, sobald finanzielle Schwierigkeiten absehbar sind und damit der AHV-Fonds unter 80 Prozent einer Jahresausgabe sinkt. In einem solchen Fall würde das Referenzalter während maximal 4 Monate pro Jahr auf bis zu 67 Jahre angehoben und gleichzeitig würde die Mehrwertsteuer um bis zu 0,4 Prozentpunkte erhöht.

Die Kommission hält zudem an einer Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Gunsten der AHV um 0,6 Prozentpunkte fest (mit 13 zu 12 Stimmen). Die vom Ständerat beschlossene Erhöhung um 1 Prozentpunkt erachtet die Kommission als eine zu starke Belastung für die Wirtschaft.

Bei der Frage zum Bundesbeitrag an die AHV folgt die SGK-NR hingegen dem Ständerat und beantragt, den Bundesbeitrag bei 19,55 Prozent einer Jahresausgabe zu belassen (Stichentscheid des Präsidenten bei 10 zu 10 Stimmen und 5 Enthaltungen).

Abweichend von der Position des Ständerates folgt die Kommission dem Vorschlag des Bundesrates: Sie will die Regeln für die Hinterlassenenrenten an die gesellschaftliche Entwicklung anpassen. Sie folgt mit 15 zu 10 Stimmen dem Beschluss des Nationalrates, wonach Witwenrenten nur dann entrichtet werden, wenn die Witwen zum Zeitpunkt der Verwitwung unterhaltspflichtige Kinder haben. Der Ständerat hingegen wollte die Witwen- und Kinderrenten nicht antasten – dies mit einer allfälligen Volksabstimmung im Hinterkopf.

Mit dem gleichen Stimmenverhältnis (15 zu 10 Stimmen) hält die Kommission daran fest, dass keine neuen Kinderrenten zur AHV-Altersrente mehr ausgerichtet werden, sobald die Reform in Kraft tritt. Zudem soll es auch keine neuen Kinderrenten zur Pensionskassenrente (BVG-Obligatorium) geben – dies im Sinne der Kohärenz.

Der Ständerat hatte in der Wintersession 2016 mit seinen Differenzen versucht zu vermeiden, dass die Reform der Altersvorsorge bei einer allfälligen Volksabstimmung abgelehnt würde. Daher beharrte er auf seinen bisherigen Positionen: Kern der Diskussion ist die Erhöhung der neuen AHV-Renten um CHF 70 und die Erhöhung der Ehepaar-Renten.

§ Der Nationalrat behandelt die Differenzen am 28. Februar 2017 und ggf.

am 13. März 2017. Sollten weiterhin Differenzen bestehen, behandelt der Ständerat diese am 7. März. Der Antrag der Einigungskonferenz wird in beiden Räten am 16. März 2017 behandelt.

### **Ausgleichsfondsgesetz (15.087)**

Der Gesetzesentwurf bezweckt die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt zur Verwaltung der Ausgleichsfonds von AHV, IV und EO (compen-swiss – Ausgleichsfonds AHV/IV/EO). Die Sozialkommission des Nationalrates (SGK-NR) beantragte am 3. Februar 2017 ihrem Rat, auf die Vorlage einzutreten und in der Detailberatung dem Entscheid des Ständerates zu folgen. Dieser hatte in der Wintersession 2016 beschlossen, dass nicht die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) als Revisionsstelle sondern eine unabhängige Revisionsstelle für die neue Anstalt eingesetzt werden soll. Eine Minderheit beantragt dem Vorschlag des Bundesrats zu folgen.

⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorlage am 6. März 2017.

### **Standesinitiativen**

#### **Kt.IV. SG. Abschaffung der Ehestrafe bei den AHV-Renten (11.313)**

Mit 12 zu 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen beantragt die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR), der Standesinitiative keine Folge zu geben.

Der Ständerat gab in der Herbstsession 2016 ohne Gegenantrag der Initiative keine Folge. Die Initiative verlangt, dass das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung so geändert werden soll, dass Ehepaare gegenüber Personen in andern Lebensformen nicht weiter diskriminiert werden, insbesondere nicht bei den AHV-Altersrenten.

⌘ Der Nationalrat (Zweitrat) behandelt die Vorlage am 13. März 2017.

#### **Kt.IV. LU. Flüchtlings- und Asylwesen (15.314)**

Die staatspolitische Kommission des Nationalrates beantragt mit 15 zu 8 Stimmen, der Standesinitiative keine Folge zu geben.

Die kleine Kammer gab in der Frühjahrsession 2016 der Standesinitiative mit 31 zu 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen keine Folge. Einzig die Luzerner Vertreter sowie zwei Ständeräte aus der SVP-Fraktion stimmten zu. Das Parlament sei der falsche Adressat für die von der Initiative geforderte Praxisänderung gegenüber Asylsuchenden aus Eritrea, begründete Kommissionsprecher Philipp Müller (FDP/AG) die Ablehnung.

⌘ Die Standesinitiative geht am 16. März 2017 in den Nationalrat (Zweitrat).

#### **Kt.IV. SG. Sicherheit trotz Flüchtlingsströmen ge- währleisten (16.300)**

Mit 13 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen beantragt die staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-NR), der Initiative keine Folge zu geben. Die Kommission schliesst sich den Argumenten ihrer Schwesterkommission an: Zwar stimmt sie den Forderungen der Standesinitiative grundsätzlich zu, stellt jedoch fest, dass die in der Parlamentskompetenz liegenden Massnahmen bereits erfüllt worden sind, so zum Beispiel die Aufstockung des Personalbestands des Grenzwachtkorps (GWK). Weitere Forderungen sind aus Sicht der Kommission unbestritten, jedoch falsch adressiert, da sie sich an die Vollzugs-

behörden und nicht an die Bundesversammlung richten. Hinzu kommt, dass in der Standesinitiative Hinweise fehlen, welche Rechtsgrundlagen abgeändert werden sollen.

In der Sommersession 2016 gab der Ständerat ohne Gegenantrag der Standesinitiative aus formellen Gründen keine Folge.

Der Kanton St. Gallen fordert im Rahmen seiner Standesinitiative eine verstärkte Ausrichtung der schweizerischen Asyl- und Flüchtlingspolitik auf sicherheitspolitische Aspekte.

⌘ Der Nationalrat (Zweitrat) behandelt die Vorlage am 16. März 2017.

### **Motionen**

#### **Mo. WBK-NR. Zugewanderte Jugendliche zum Abschluss Sek. II führen (16.3911)**

Der Bundesrat wird beauftragt, mit den Kantonen die Zuständigkeiten für Umsetzung und Finanzierung von Bildungsmassnahmen für spät zugewanderte Jugendliche und junge Erwachsene zu klären, seinen Beitrag an die Integrationsleistungen substanziell zu erhöhen sowie die Finanzierung der zusätzlichen Integrationsleistungen über das Budget des Staatssekretariats für Migration (SEM) zu garantieren.

Die Antwort des Bundesrates lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

⌘ Der Nationalrat (Erstrat) behandelt die Motion am 7. März 2017.

#### **Mo. RK-NR. Konkreter Aktionsplan für den Schutz vor Diskriminierung (16.3626)**

Die Motion verlangt, dass auf der Grundlage des Berichts und der Empfehlungen der Studie «Zugang zur Justiz in Diskriminierungsfällen» des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) ein konkreter Aktionsplan zur Behebung der in dieser Studie aufgezeigten Mängel erarbeitet werden soll.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

⌘ Der Nationalrat (Erstrat) behandelt die Motion am 15. März 2017.

### **Antrag auf Fristverlängerung oder Abschreibung**

- 13.407 Pa.lv. Reynard. Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung (Fristverlängerung oder Abschreibung)
- 08.406 Pa.lv. Müller Philipp. Rückstufung eines niedergelassenen integrationsunwilligen Ausländers zum Jahresaufenthalter (Abschreibung)
- 08.420 Pa.lv. Pfister Gerhard. Integration gesetzlich konkretisieren (Abschreibung)
- 08.428 Pa.lv. Müller Philipp. Kein Familiennachzug bei Bezug von Ergänzungsleistungen (Abschreibung)
- 08.450 Pa.lv. Müller Philipp. Mehr Handlungsspielraum für die Behörden (Abschreibung)
- 10.485 Pa.lv. Müller Philipp. Vereinheitlichung beim Familiennachzug (Abschreibung)

⌘ Der Nationalrat behandelt Anträge auf Abschreibung oder Fristverlängerung am 17. März 2017.

### **Vorstösse gemäss separaten Listen**

#### **Parlamentarische Initiativen 1. Phase**

- 15.439 Pa.lv. Fraktion V. Eine echte Asylpolitik in der Verfassung verankern (SPK)

- [15.447](#) Pa.lv. Badran Jacqueline. Ergänzung der Revisionsgründe im Steuerharmonisierungsgesetz um Illettrismus und gesundheitliche Gründe (WAK)
  - [15.458](#) Pa.lv. Quadranti. Elternzeit. Eine umfassende, ganzheitliche Lösung als Ergänzung zum bestehenden Mutterschaftsurlaub (SGK)
  - [15.460](#) Pa.lv. Tornare. Bekämpfung von Rassendiskriminierung, Antisemitismus und Homophobie. Beschwerderecht für Minderheitenschutzorganisationen (RK)
  - [15.466](#) Pa.lv. Amherd. Schaffung eines Kompetenzzentrums für die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen (WBK)
  - [15.470](#) Pa.lv. Masshardt. Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Rechtsanspruch auf Beschäftigungsreduktion nach der Geburt (RK)
  - [15.484](#) Pa.lv. Fraktion BD. Zeitvorsorgesystem als Antwort auf eine der wichtigsten demografischen Herausforderungen (SGK)
  - [15.489](#) Pa.lv. Heim. Das Potenzial älterer Arbeitskräfte klug nutzen und klug stärken (WBK)
  - [16.406](#) Pa.lv. Nantermod. Alternierende Obhut. Aufteilung des Kinderabzugs zwischen den Eltern (WAK)
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die parlamentarischen Initiativen eventuell am 28.2., 1.3., 6.3., 8.3., 9.3., 13.3., 14.3., 15.3. oder 16.3.2017.

#### **Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF**

- [16.3754](#) Po. Nantermod. Voraussetzungen zur Ausübung von gewissen Berufen. Stand der Dinge
- [15.3102](#) Mo. Maire Jacques-André. Überzeit. Gleichbehandlung von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten
- [15.3136](#) Mo. Fraktion BD. Einarbeitungszuschuss bei beruflichem Wiedereinstieg nach einer Familienphase
- [15.3149](#) Mo. Feller. Lockerung der Anspruchsvoraussetzungen für Kurzarbeitsentschädigungen im Dienstleistungssektor
- [15.3193](#) Po. Heim. Nationale Strategie zur Verbesserung der Beschäftigungschancen und der Reintegration erwerbsloser älterer Menschen in den Arbeitsmarkt
- [15.3194](#) Po. Heim. Nationaler Sozialstern zur Bekämpfung altersbedingter Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt
- [15.3330](#) Mo. Müller Leo. Fachkräfteinitiative und arbeitsmarktliche Massnahmen. Synergien nutzen und Mittel optimieren
- [15.3387](#) Po. Fraktion RL. Für einen funktionierenden Wettbewerb. Gegen wettbewerbsverzerrende staatliche Beihilfen
- [15.3394](#) Mo. Quadri. Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Wiederaufnahme der Optimierung
- [15.3554](#) Mo. Carobbio Guscelli. Berufsbildung. Massnahmen zur Förderung des Zugangs zum Qualifikationsverfahren auch für Teilzeitangestellte
- [15.3575](#) Mo. Marra. Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen im Rahmen der besseren Nutzung von schweizerischen Arbeitskräften
- [15.3617](#) Mo. Sommaruga Carlo. Transparenz in der Berechnung von Mietzinssenkungen und -erhöhungen
- [15.3651](#) Mo. Hardegger. Förderung des gemeinnützigen oder preisgünstigen Wohnungsbaus. Vorkaufrecht für Gemeinden
- [15.3669](#) Mo. (Schneider Schüttel) Ruiz Rebecca. Mieten. Verbesserung des Kündigungsschutzes für ältere Personen, Familien usw.
- [15.3679](#) Po. Herzog. Bürokratieabbau durch Vereinfachung und Modernisierung des Arbeitsrechts
- [15.3700](#) Mo. Amarelle. Berufliche Integration von Personen aus dem Asylbereich. Nationaler Rahmen für die Anerkennung von Diplomen und die Validierung von Bildungsleistungen

- [15.3701](#) Mo. Amarelle. Szenarien zur Beschäftigungsentwicklung für eine bessere Steuerung der Einwanderung und der Engpässe auf dem Arbeitsmarkt
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse eventuell am 7.3. oder 16.3.2017.

### **Parlamentarische Vorstösse aus dem VBS**

- [15.4212](#) Po. Gmür Alois. Ausbildung zum «Jugend und Sport»-Hilfsleiter
  - [16.3149](#) Mo. Lohr. Sicherung des Programms «Jugend und Sport»
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse eventuell am 16.3.2017.

### **Parlamentarische Vorstösse aus dem EJPD**

- [16.3314](#) Po. Ingold. Gemässigte Imame sind Schlüsselpersonen gegen die Radikalisierung von jugendlichen Muslimen
  - [16.3407](#) Po. Feri Yvonne. Analyse der Situation von Flüchtlingsfrauen
  - [16.3416](#) Po. Nantermod. Patchworkfamilien. Lösungen für eine zeitgemässe Regelung der gesetzlichen Erbfolge?
  - [16.3549](#) Po. Quadranti. Radikalisierung in muslimischen Vereinen verhindern. Selbstregulierung stärken
  - [16.3888](#) Po. Béglé. Mit Patinnen und Paten eine erfolgreiche Integration fördern
  - [15.3127](#) Mo. Bourgeois. Unbegleitete Minderjährige. Betreuung und Schulbildung sicherstellen
  - [15.3142](#) Mo. Grunder. Kesb. Zwingendes Anhörungsrecht und verbessertes Klagerecht für Grosseltern, Geschwister und nahe Verwandte
  - [15.3179](#) Mo. (Trede) Mazzone. Nationaler Feiertag zur Einführung des Frauenstimmrechts
  - [15.3348](#) Mo. Herzog. Kesb. Zum Wohle der Betroffenen
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse eventuell am 15.3.2017

### **Parlamentarische Vorstösse aus dem EFD**

- [15.3025](#) Mo. Golay. Vorrang von Angestellten mit schweizerischer Nationalität in der Bundesverwaltung
  - [15.3131](#) Mo. (Schläfli) Romano. Ausbau des Systems zur automatischen Fahrzeugerkennung und Verkehrsüberwachung an der Landesgrenze
  - [15.3196](#) Po. Carobbio Gusceff. Wichtige Leistungen der Kantone seit dem Inkrafttreten des interkantonalen Finanzausgleichs
  - [15.3224](#) Mo. Müller Leo. Begrenzung des Wachstums der Personalausgaben
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse eventuell am 27.2. oder 8.3.2017.

### **Parlamentarische Vorstösse aus dem EDI**

- [15.3120](#) Po. de Courten. Abbau von Regulierungskosten. Unternehmen von staatlichen Statistikerhebungen entlasten
  - [15.3121](#) Mo. de Courten. Abbau von Regulierungskosten. Abschaffung des unterjährigen Meldeobligatoriums bei AHV und IV
  - [15.3124](#) Mo. de Courten. Abbau von Regulierungskosten. Effizienzsteigerung durch Koordination von Arbeitgeberkontrollen
  - [15.3283](#) Mo. Humbel. Mehr Effizienz und Transparenz im schweizerischen Sozialversicherungssystem
  - [15.3456](#) Po. Schmid-Federer. Pflegende Kinder nicht ausklammern
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse eventuell am 9.3.2017.

### **Parlamentarische Vorstösse aus dem EDA**

- [16.3600](#) Mo. Tornare. Situation in Eritrea. Bestrebungen der Uno unterstützen
- [16.3887](#) Po. Béglé. Mehr Unterstützung für die Ausbildung in Flüchtlingslagern

- [16.3244](#) Mo. Fraktion V. Fokussierung der Auslandhilfe auf die Kriegsvertriebenen vor Ort
  - [16.3289](#) Mo. Imark. Die Verwendung von Steuergeldern für Rassismus, Antisemitismus und Hetze konsequent unterbinden
  - [16.3476](#) Mo. Chevalley. Öffentliche Entwicklungshilfe und Asylausgaben. Für mehr Transparenz
  - [16.3541](#) Po. Béglé. Die Entwicklungszusammenarbeit soll ihre Kernaufgaben vollumfänglich wahrnehmen können
  - [16.4047](#) Mo. Burgherr. Keine neue Entwicklungszusammenarbeit ohne Rückübernahmeabkommen
  - [16.4113](#) Mo. Fraktion G. Bürgerkrieg in Syrien. Humanitäre Hilfe vor Ort verstärken, Flüchtlings-Kontingente erhöhen, Private Sponsorship of Refugees ermöglichen
  - [16.4135](#) Mo. Bertschy. Effiziente Entwicklungshilfe statt Exportsubventionen
- ⌘ Der Nationalrat behandelt die Vorstösse eventuell am 8.3.2017.

### **Parlamentarische Vorstösse aus der BK**

- [16.3115](#) Mo. Pardini. Ständiger Wirtschafts- und Sozialrat
- ⌘ Der Nationalrat behandelt den Vorstoss eventuell am 16.3.2017.

## **Ständerat**

### **Bundesratsgeschäfte**

#### **Europarats- Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Istanbul- Konvention). Genehmigung (16.081)**

Mit 8 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen beantragt die Rechtskommission des Ständerates (RK-SR), den Bundesbeschluss zur Genehmigung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt anzunehmen. Zum einen wäre die Ratifizierung hinsichtlich Prävention ein weiterer wichtiger Schritt, zum andern würde die Schweiz international einen bedeutenden Beitrag leisten.

Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist am 1. August 2014 in Kraft getreten. Es ist europaweit das erste bindende Instrument, das Frauen und Mädchen umfassend vor jeglicher Form von Gewalt, inklusive häuslicher Gewalt, schützt. Die Schweiz genügt den Anforderungen der Konvention.

⌘ Der Ständerat (Erstrat) behandelt das Geschäft am 27. Februar 2017.

#### **Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Bundesgesetz (15.088)**

Die Beschlüsse der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates (WAK-SR) weichen in einigen Punkten vom Entwurf des Bundesrates und vom Beschluss des Nationalrates ab. Gemäss dem Willen der Kommission soll das vereinfachte Abrechnungsverfahren (VAV) neben Privathaushalten auch Kleinbetrieben und Vereinen offen stehen. Damit künftig Missbräuche verhindert werden können, hat sie Artikel 2 um einen Absatz 2 ergänzt (10 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen); dieser schliesst das vereinfachte Abrechnungsverfahren für Kapitalgesellschaften und Genossenschaften sowie für im eigenen Betrieb mitarbeitende Ehegatten und Kinder aus.

Darüber hinaus soll den kontrollierten Personen und Betrieben eine Kopie des Protokolls automatisch und nicht nur auf Verlangen abgegeben werden

(Art. 9). Auch bei mutmasslichen Verstössen gegen allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge sollen die Kontrollorgane – gemäss dem Willen und entgegen dem Beschluss des Nationalrates – die zuständigen Stellen informieren können (Art. 12).

Wie bereits der Nationalrat will eine Kommissionsmehrheit Artikel 16a zu den Leistungsvereinbarungen mit den Kantonen streichen (8 zu 5 Stimmen). Bei Artikel 18a (Sanktionen bei einer Verletzung der Anmelde- und Aufzeichnungspflichten) will sie hingegen dem Bundesrat folgen (9 zu 4 Stimmen) und den Artikel beibehalten.

Die Kommission hat den Entwurf in der Gesamtabstimmung mit 8 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

In der Herbstsession 2016 trat der Nationalrat gegen den Willen der SVP und einzelner Vertreter der FDP sowie der CVP mit 107 zu 73 Stimmen auf die Vorlage ein und nahm sie in der Gesamtabstimmung mit 107 zu 75 Stimmen bei 4 Enthaltungen an. Mit 95 zu 82 Stimmen, bei 8 Enthaltungen abgelehnt wurde der Antrag, das vereinfachte Abrechnungsverfahren auf das Personal in Privathaushalten zu beschränken. Heute ist das Verfahren auch für Firmen möglich, wenn die Lohnsumme einen bestimmten Betrag nicht übersteigt.

Auf Antrag von SVP und FDP strich der Rat mit 99 zu 89 Stimmen eine weitere Bestimmung. Sie sieht vor, dass die Kontrollorgane in den Kantonen den zuständigen Behörden neu Meldung erstatten müssen, wenn sie Anhaltspunkte für Verstösse gegen allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge (GAV) feststellen.

Ebenfalls auf Antrag der SVP sprach sich der Rat mit 91 zu 89 Stimmen bei 8 Enthaltungen dagegen aus, dass das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) neu mit den Kantonen Leistungsvereinbarungen mit Vorgaben abschliessen kann. Die CVP dagegen plädierte für Vereinbarungen, mit denen auf sinnvolle Art Modalitäten geregelt werden könnten und die Kantone einbezogen würden. Auch die Volkswirtschaftsdirektoren der Kantone unterstützten den Antrag.

Mit 120 zu 66 Stimmen sagte der Rat Nein zu einem neuen Artikel, mit dem der Bundesrat die Sanktionen und Zuständigkeiten bei Verletzungen der Anmelde- und Aufzeichnungspflichten festschreiben will. Die vom Bundesrat beantragte Sanktion entspricht einer Busse von bis zu CHF 1000 und im Wiederholungsfall einer Busse bis zu CHF 5000. Die kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren lehnen diese Bestimmung ab.

⌘ Der Ständerat (Zweitrat) behandelt die Vorlage am 6. März 2017. Sollten Differenzen bestehen, behandelt der Nationalrat diese am 14. März 2017.



**Internationale Arbeitsorganisation. Protokoll zum Übereinkommen Nr. 29 über Zwangsarbeit (16.058)**

Mit 10 zu 2 Stimmen sprach sich die aussenpolitische Kommission des Ständerates (APK-SR) für das Protokoll zum Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation aus. Mit diesem sollen Formen der Zwangsarbeit, darunter auch der Menschenhandel, bekämpft werden. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass mit dem Protokoll die neuen Formen der Zwangs- und Pflichtarbeit bekämpft werden können und die Bekämpfung derselben als Akt internationaler Solidarität zu betrachten ist.

Am 5. Dezember 2016 stimmte der Nationalrat der Ratifizierung des Abkommens in der Gesamtabstimmung mit 125 zu 67 Stimmen zu. Zuvor lehnte die grosse Kammer einen Nichteintretensantrag aus den Reihen der SVP mit gleichem Stimmverhältnis ab.

⌘ Die Vorlage wird am 6. März 2017 im Ständerat (Zweitrat) behandelt.

**Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Änderung (16.055)**

Der Ständerat entschied in der Wintersession 2016 mit jeweils 24 zu 19 Stimmen bei 1 Enthaltung auf die beiden Entwürfe der Vorlage einzutreten. Einig waren sich die Ständeräte, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein wichtiges Thema sei. Uneinigkeit herrschte darüber ob es Aufgabe des Staates sei hier einzuwirken. Zuvor hat die Kommission mit Stichentscheid der Präsidentin (6 zu 6 Stimmen) dem Ständerat beantragt, nicht auf die Vorlage einzutreten. Sie machte insbesondere geltend, dass die bestehenden Finanzhilfen bereits zweimal verlängert wurden und dass der Gegenstand der Vorlage in den Zuständigkeitsbereich der Kantone und Gemeinden falle.

Der Bund will mit der Vorlage Anreize dafür schaffen, dass Kanton und Gemeinden mehr in die familienergänzende Kinderbetreuung investieren, um so die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit weiter zu fördern. Zudem möchte der Bund auch Projekte unterstützen, die das Angebot besser auf die Bedürfnisse erwerbstätiger Eltern abstimmen.

⌘ Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates wird die Vorlage an ihrer Sitzung vom 21. Februar 2017 und damit nach Redaktionsschluss behandeln. Der Ständerat (Zweitrat) behandelt die Vorlage am 14. März 2017.

**Parlamentarische Initiativen (2. Phase)**

**Pa.Iv. Leutenegger Oberholzer. Überwälzung der Aufsichtsabgabe für die OAK BV. Ergänzung von Artikel 64c mit einem Absatz 4 (14.444)**

Die ständerätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK-SR) beantragt einstimmig, dass die Pensionskassen jene jährliche Aufsichtsabgabe übernehmen müssen, welche die kantonalen und regionalen Aufsichtsbehörden der Oberaufsichtskommission des Bundes schulden.

Der Nationalrat nahm den Gesetzesentwurf am 8. Dezember 2016 in der Gesamtabstimmung einstimmig an. Künftig sollen die Pensionskassen und nicht die kantonalen oder regionalen Aufsichtsbehörden für die Kosten der Oberaufsicht des Bundes aufkommen. Zuvor hat die Sozialkommission des Nationalrats einen Erlassentwurf zur parlamentarischen Initiative ausgearbei-

tet und ebenfalls einstimmig gutgeheissen. Damit wird eine Gesetzeslücke geschlossen, die bei der Strukturreform in der Beruflichen Vorsorge 2012 entstanden ist.

⌘ Der Ständerat behandelt die Parlamentarische Initiative am 1. März 2017.

**Pa.Iv. Humbel. Prämienbefreiung für Kinder (10.407)**

Die Gesundheitskommission des Ständerates (SGK-SR) ist einstimmig auf die Vorlage aus dem Nationalrat eingetreten; diese hat zum Ziel, Familien bei den Krankenkassenprämien zu entlasten. Im Rahmen der Detailberatung unterstützte die Kommission ebenfalls einstimmig die Anpassung des Risikoausgleichs. Diese Anpassung ermöglicht den Versicherern die Gewährung eines substantiellen Prämienrabatts für junge Erwachsene was für die Kantone bedeutet, dass sie geschätzte CHF 75 Millionen weniger an Prämienverbilligungen ausrichten müssen.

**Pa.Iv. Rossini. KVG. Änderung der Prämienkategorien für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (13.477)**

Eine intensive Diskussion führte die Kommission rund um die Frage, ob die Kantone demgegenüber verpflichtet werden sollen, in Haushalten mit unteren und mittleren Einkommen die Prämien von Kindern neu um mindestens 80 Prozent zu verbilligen statt wie bisher um mindestens 50 Prozent – dies würde Kosten in der Höhe von geschätzten CHF 80 Millionen verursachen. Die Kommission beantragte schliesslich mit 7 zu 6 Stimmen, dem Nationalrat zu folgen und damit den Prozentsatz auf 80 Prozent anzuheben. Mit 9 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen hiess die Kommission die Vorlage in der Gesamtabstimmung gut.

In der Wintersession 2016 beriet der Nationalrat den Erlassentwurf, welcher ausgehend von den beiden parlamentarischen Initiativen erarbeitet wurde. Mit 114 zu 63 Stimmen bei 13 Enthaltungen stimmte er dem Entwurf in der Gesamtabstimmung zu. Der Nationalrat stimmte der Verbilligung der Prämien um 80 Prozent mit 96 zu 91 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu.

⌘ Das Geschäft wird am 7. März 2017 im Ständerat (Zweitrat) behandelt.

**Pa.Iv. Wobmann. Verbot der Verhüllung des eigenen Gesichts (14.467)**

Die staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK-SR) bestätigt ihren vor einem Jahr gefällten Beschluss mit 7 zu 2 Stimmen und gibt der parlamentarischen Initiative keine Folge. Nach wie vor ist die Kommission der Meinung, dass eine gesetzliche Regelung auf Bundesebene unnötig ist, zumal das Phänomen der religiös motivierten Verhüllung eher selten anzutreffen ist. Aktuell liegt die Zuständigkeit für die Sicherheit und die Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Religionen bei den Kantonen. Entsprechend sollen sie in diesen Bereichen Regelungen erlassen können, die ihren Bedürfnissen entsprechen (Bsp. Kanton Tessin). Inzwischen wurde darüber hinaus auch eine Volksinitiative («Ja zum Verhüllungsverbot») eingereicht, wodurch die Frage geklärt werden kann. Äusserst knapp hatte der Nationalrat der Initiative in der Herbstsession 2016 mit 88 zu 87 Stimmen bei 10 Enthaltungen zugestimmt.

⌘ Die Parlamentarische Initiative wird vom Ständerat (Zweitrat) am 9. März 2017 behandelt.

**Pa.Iv. Rickli Natalie. Bedingte Entlassungen aus der Verwahrung nur bei praktisch vorhandener Sicherheit (13.462)**

Mit 11 zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen hält die Rechtskommission des Ständerates (RK-SR) an ihrem Beschluss fest, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben. Der Ständerat wird nun in der Frühjahrsession entscheiden, ob er dem Antrag seiner Kommission folgt.

Der Nationalrat hatte der Initiative in der Wintersession 2016 mit 118 zu 53 Stimmen bei 10 Enthaltungen Folge gegeben. Die Initiative verlangt eine restriktivere Praxis für bedingte Entlassungen aus der Verwahrung; demnach soll ein Täter erst bedingt entlassen werden, wenn «praktisch sicher» ist, dass er sich in der Freiheit bewährt.

⌘ Die Parlamentarische Initiative wird vom Ständerat (Zweitrat) am 15. März 2017 behandelt.

**Standesinitiative**

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-SR) beantragt ihrem Rat, der Standesinitiative keine Folge zu geben (mit 6 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung). Gemäss Kommission sind die Forderungen im Rahmen der Revision der Ausländergesetzgebung (13.030 Ausländergesetz. Änderung. Integration), vom Parlament in der Wintersession 2016 verabschiedet, bereits weitgehend erfüllt.

Die Standesinitiative verlangt, das Ausländergesetz so zu ändern, dass eine Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung an Nicht-EU/EFTA-Staatsangehörige nur erteilt und verlängert wird, wenn eine verbindlich abzuschliessende Integrationsvereinbarung eingehalten wird. Die Möglichkeit zum Widerruf oder zur Rückstufung auf eine Aufenthaltsbewilligung bei Nichteinhaltung ist vorzusehen.

⌘ Der Ständerat (Erstrat) behandelt die Standesinitiative am 15. März 2017.

**Motionen**

Die staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK-SR) beantragt ihrem Rat mit 5 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Ablehnung der Motion. Sie verweist auf die Verordnung zum neuen Bürgerrechtsgesetz. Als Voraussetzung für einen Entzug des Bürgerrechts listet die Verordnung auch schwere Verbrechen im Rahmen von terroristischen Aktivitäten, gewalttätigen Extremismus sowie organisierte Kriminalität auf. Mit der neuen Bürgerrechtsgesetzgebung (Inkrafttreten: 1. Januar 2018) wird daher den in der Motion enthaltenen Forderungen Rechnung getragen.

Die Motion verlangt, eine Anpassung des Bürgerrechtsgesetzes, welche es erlauben würde, Doppelbürgern das Schweizer Bürgerrecht zu entziehen, wenn sie freiwillig für eine armeeähnliche, ideologisch motivierte Gruppierung oder eine fremde Armee gekämpft haben.

**Kt.Iv. SG. Änderung des Ausländergesetzes. Mehr Verbindlichkeit und Durchsetzung des geltenden Rechts bei Integration, Sozialhilfe, Schulpflichten und strafrechtlichen Massnahmen (16.307)**

**Mo. Nationalrat (Romano). Aberkennung des Schweizer Bürgerrechts bei Dschihadisten mit Doppelbürgerschaft (14.3705)**

**Mo. Nationalrat (Pfister Gerhard). Evaluation der Bundeszentren für Asylsuchende (16.3478)**

Der Nationalrat hat in der Herbstsession 2016 die Motion mit 108 zu 79 Stimmen bei 6 Enthaltungen gutgeheissen.

☞ Der Ständerat (Zweitrat) behandelt die Motion am 27. Februar 2017.

Die staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK-SR) beantragt oppositionslos die Annahme der Motion. Diese verlangt, dass der Bundesrat die Asyl-Bundeszentren regelmässig evaluiert. Die erste Evaluation soll dabei zwei Jahre nach Inkrafttreten der Änderung vom 25. September 2015 des Asylgesetzes stattfinden.

In der Herbstsession 2016 hat bereits der Nationalrat die Motion ohne Gegenantrag angenommen.

☞ Die Motion wird vom Ständerat (Zweitrat) am 27. Februar 2017 behandelt.

**Mo. Berberat. Familienbesteuerung: Ungleichbehandlungen beseitigen (16.4019)**

Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen der Revisionsarbeiten an der Familienbesteuerung Vorschläge zur Änderung des DBG und des StHG mit den Zielen zu unterbreiten, die steuerliche Ungleichbehandlung von Unterhaltsbeiträgen für minderjährige und volljährige Kinder zu beseitigen sowie das System der Kinderabzüge verheirateter und geschiedener Eltern zu harmonisieren.

Die Antwort des Bundesrates lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

☞ Die Motion wird vom Ständerat (Erstrat) am 28. Februar 2017 behandelt.

**Mo. Eder. Statistische Angaben im Behindertenbereich (16.4020)**

Der Bundesrat wird aufgefordert, dem Parlament eine gesetzliche Bestimmung zu unterbreiten, in welcher die gesamtschweizerische Erhebung und Auswertung statistischer Daten über Leistungen in den Bereichen Behinderung, Sucht und psychosoziale Probleme, festgehalten wird.

Die Antwort des Bundesrates lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

☞ Die Motion wird im Ständerat (Erstrat) am 7. März behandelt.

**Mo. Jositsch. Sicherheit religiöser Gemeinschaften vor terroristischer und extremistischer Gewalt (16.3945)**

Der Bundesrat wird beauftragt, gemeinsam mit den Kantonen aufzuzeigen, welche weitergehenden Massnahmen für die Sicherheit von religiösen Gemeinschaften, die durch potenzielle terroristische und extremistische Gewalt besonders gefährdet sind, getroffen werden können und welche gesetzlichen Grundlagen allenfalls für deren Umsetzung nötig wären.

Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.

☞ Der Ständerat (Erstrat) behandelt die Motion am 9. März 2017.

**Mo. Dittli. Stärkung der Ergänzungsleistungen durch klare Zuordnung der Kompetenzen (16.4087)**

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament (z.B. im Rahmen des NFA-Wirksamkeitsberichtes) die nötigen gesetzlichen Grundlagen zu unterbreiten, damit die Verbundsaufgabe «Ergänzungsleistungen» (EL) entflechtet wird. Damit soll sichergestellt werden, dass die Kantone nicht für Entscheide bezahlen, welche auf Bundesebene gefällt werden – und umgekehrt.

Die Antwort des Bundesrates lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

⌘ Die Motion wird am 14. März 2017 im Ständerat (Erstrat) behandelt.

### **Postulate**

#### **Po. SGK-SR. Kinderrenten der ersten Säule vertieft analysieren (16.3910)**

Der Bundesrat wird beauftragt, die wirtschaftlichen Verhältnisse von Bezü-  
gern von Kinderrenten und die Praxis des Exports ins Ausland zu analysieren  
und darüber Bericht zu erstatten. Dabei sollen insbesondere die Praxis bei  
der Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen sowie die Frage des Exports  
von Kinderrenten der AHV und IV und der Waisenrenten an Pflegekinder ins  
Ausland untersucht werden. Namentlich ist aufzuzeigen, welche Leistungen in  
die verschiedenen Zielländer fließen. Die Analyse soll nach Ländergruppen  
(mit und ohne Sozialversicherungsabkommen) die Lebenshaltungskosten/  
Kaufkraft in diesen Ländern und typische Fallgruppen der Rentenempfänger  
bzw. der Familien- und Wirtschaftssituation aufzeigen und daraus  
abgeleitete mögliche Massnahmen vorschlagen.

Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

⌘ Der Ständerat (Erstrat) behandelt das Postulat am 7. März 2017.

#### **Po. Bruderer Wyss. Inklusives Arbeitsumfeld im Lichte der Digitalisierung (16.4169)**

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht zu verfassen zu den Chancen  
und Risiken, welche die fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung  
mit sich bringt betreffend die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinde-  
rung. Im Bericht soll aufgezeigt werden, mit welchen Massnahmen die Chan-  
cen besser genutzt und die Risiken besser abgesichert werden können.

Die Antwort des Bundesrates lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

⌘ Der Ständerat (Erstrat) behandelt das Postulat am 7. März 2017.

#### **Po. Fetz. Drittstaatenkontingente bedarfsgerechter zuweisen (16.3904)**

Der Bundesrat prüft eine neue Ausgestaltung der Zuweisung von Drittstaaten-  
Kontingenten auf die Kantone nach dem durchschnittlichen kantonalen Bedarf  
der vergangenen 10 Jahre und erstattet Bericht. Der Bundesrat ist frei, weite-  
re Kriterien für eine neue Ausgestaltung der Zuweisung zu berücksichtigen.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

⌘ Das Postulat wird vom Ständerat (Erstrat) am 9. März behandelt.

## Verbände und NGOs

### Arbeitsintegration: SKOS fordert eine Initiative von Staat und Wirtschaft

Angesichts der stark angewachsenen Zahl an Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen hat die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS Vorschläge für eine rasche und nachhaltige Integration dieser Gruppen in den Arbeitsmarkt präsentiert. Zentral ist eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. Diese kann nur gelingen, wenn vermehrt in die berufliche Qualifikation investiert wird. In den nächsten Jahren erwarten die Kantone und Gemeinden eine erhebliche finanzielle Zusatzbelastung, wenn die derzeit sehr tiefe Erwerbsquote von Personen aus dem Asylbereich nicht rasch und nachhaltig gesteigert werden kann. Mit einer Reihe an Forderungen kann gemäss SKOS die drohende massive Kostensteigerung in der Sozialhilfe verhindert werden: Der Forderungskatalog umfasst unter anderem Angebote zur Sprachförderung und ein Beschäftigungsprogramm, eine gesamtgesellschaftliche Integrationsoffensive von Bund und Kantonen, die Beteiligung der Wirtschaft an der Arbeitsintegration, eine Erhöhung der Integrationspauschale des Bundes sowie den Abbau von bürokratischen Hürden.

➔ Felix Wolffers, Co-Präsident SKOS, M 079 763 91 26

➔ Therese Frösch, Co-Präsident SKOS, M 078 885 49 48

### Neue SKOS-Richtlinien sind in den Kantonen weitgehend umgesetzt

In den letzten zwei Jahren hat die SKOS ihre Richtlinien für die Sozialhilfe einer Revision unterzogen. Schwerpunkte waren unter anderem die Reduktion der Leistungen an junge Erwachsene und kinderreiche Familien sowie erweiterte Sanktionsmöglichkeiten. Die Neuerungen sind seit Anfang 2017 in den Kantonen weitgehend umgesetzt. Die erstmals von der Konferenz der Sozialdirektoren beschlossene Revision hat dazu beigetragen, dass die Sozialhilfe in der Schweiz heute einheitlicher ausgestaltet ist.

➔ Felix Wolffers, Co-Präsident SKOS, M 079 763 91 26

➔ Markus Kaufmann, Geschäftsführer SKOS, T 031 326 19 14

### Kein Abbau bei den Ergänzungsleistungen (EL): Appell der «Allianz Ergänzungsleistungen»

Die breit verankerte «Allianz Ergänzungsleistungen», in welcher Behinderten-, Senioren-, Frauen-, Arbeitnehmenden- und Mieterorganisationen vertreten sind, bekämpft die in der anstehenden Revision des Ergänzungsleistungsgesetzes (ELG) vorgesehenen einschneidenden Spar- und Abbaumassnahmen.

➔ Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse, M 079 287 04 93

➔ Doris Bianchi, geschäftsführende Sekretärin SGB, M 076 564 67 67

➔ Petra Kern, Abteilungsleiterin Sozialversicherungen Inclusion Handicap, M 079 714 07 37

➔ Michel Pillonel, Co-Präsident Schweizerischer Seniorenrat SSR, M 079 414 86 10

**Revision des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen: CURAVIVA und senesuisse bleiben am Ball.**

Die Verbesserungsvorschläge von CURAVIVA Schweiz wurden im Rahmen der amtlichen Vernehmlassung zum Vorentwurf einer umfassenden Revision der Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (EL) durch den Bundesrat nur zum Teil berücksichtigt. Im Rahmen der Diskussion des Geschäftes in der Gesundheitskommission des Ständerates wendeten sich CURAVIVA Schweiz und senesuisse aus diesem Grund mit einem gemeinsamen Schreiben an die betroffenen Parlamentarier, um Anträge zu stellen, welche für die Heime und sozialen Institutionen besonders wichtig sind. CURAVIVA Schweiz und senesuisse werden diesem Geschäft weiterhin ihre volle Aufmerksamkeit widmen.

☞ Eva Strelbel, Leiterin Kommunikation, CURAVIVA, T 031 385 33 32

**Nationaler Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte – kritisches Feedback**

Der Bundesrat hat am 9. Dezember 2016 einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) verabschiedet. Der Bericht erfüllt das Postulat «Eine Ruggie-Strategie für die Schweiz», das Ende 2012 vom Nationalrat überwiesen wurde. Der Verein Konzernverantwortungsinitiative KOVI, ein Zusammenschluss von interessierten NGOs, hat reagiert und den Aktionsplan als «in jeder Hinsicht enttäuschend» beurteilt. Gerade mal 6 der 50 aufgeführten Massnahmen seien neu; und diese beschränken sich auf Promotion und Verbesserung bestehender Instrumente. Die NGO-Koalition wurde zwar für die Erarbeitung des NAP mehrmals konsultiert; doch von ihren wichtigsten Vorschlägen, welche alle auf mehr Verbindlichkeit abzielen, sei kein einziger berücksichtigt worden.

☞ Humanrights.ch, T 031 302 01 61

**Bericht zur nationalen Behindertenpolitik des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) (siehe auch Seite 3)**

Inclusion Handicap begrüsst einerseits, dass der Bundesrat den Handlungsbedarf anerkennt. Andererseits sind gemäss Inclusion Handicap mehr Engagement und ein rascheres Vorgehen erforderlich. Eine echte Behindertenpolitik braucht mehr Engagement vom Gesamtbundesrat sowie der Kantone. Inclusion Handicap fordert daher, dass sich alle Departemente und die Kantone an deren Erarbeitung aktiv beteiligen und ihren gesetzlichen Auftrag wahrnehmen.

☞ Julien Neruda, Geschäftsleiter Inclusion Handicap, M 078 666 02 59

Enttäuscht über den Bericht des Bundesrats zur nationalen Behindertenpolitik zeigt sich AGILE.CH. Der Bericht enthalte weder konkrete Umsetzungsmassnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen noch berücksichtige er die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft.

☞ AGILE.CH, Medienstelle, T 031 390 39 39

Auch Proinfirmitis begrüsst zwar, dass der Bericht die Förderung der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderung als wichtiges Ziel enthält, erwartet aber vom Bundesrat eine Übersicht und eine Strategie für eine kohärente nationale Behindertenpolitik, in denen alle Lebensbereiche von Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden.

☞ Susanne Stahel, Proinfirmitis, Medienstelle, T 058 775 26 77

**Bevölkerungsschutz: Ein Bericht mit vielen Fragezeichen**

Sind die Alarmierungs- und Telekommunikationssysteme in Notfällen nicht barrierefrei, können Menschen mit Behinderungen einer erhöhten Gefahr ausgesetzt werden. Ein Bericht des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zeigt, dass diesem Umstand nur marginal Rechnung getragen wird. Inclusion Handicap fordert, dass die Alarmierungssysteme für alle Menschen mit Behinderungen auszugestaltet sind.

☞ Marc Moser, Inclusion Handicap, Kommunikationsverantwortlicher,  
T 031 370 08 41

**Bessere Anerkennung der Betreuungsarbeit: Der Bundesrat bestätigt Handlungsbedarf**

Travail.Suisse, die unabhängige Dachorganisation der Arbeitnehmenden, begrüsst den Entscheid des Bundesrates, nach Lösungen zu suchen, um pflegende Angehörige, die im Erwerbsleben stehen, zu entlasten (siehe auch Seite 5). Nur ein ausreichender Erwerbsersatz gewährleistet, dass Arbeitnehmende Beruf und Betreuungsarbeit miteinander vereinbaren und im Erwerbsleben bleiben können.

☞ Valérie Borioli Sandoz, Travail.Suisse, Leiterin Gleichstellungspolitik,  
M 079 598 06 37

**Für eine Heraufsetzung der ärztlichen Kontrolluntersuchung für Senioren-Autofahrer auf das 75. Altersjahr**

Der Schweizerische Seniorenrat (SSR) ist damit einverstanden, dass die periodische ärztliche Kontrolluntersuchung für Senioren-Autofahrer vom 70. auf das 75. Altersjahr heraufgesetzt werden soll. Der SSR begrüsst es, wenn diese verkehrsmedizinische Untersuchung alle drei Jahre stattfindet im Gegensatz zum vorgeschlagenen 2-Jahres-Rhythmus. Da der Vollzug bei den Kantonen liegt, ist eine einheitliche Durchführungspraxis nicht gewährleistet. Die Konferenz der Strassenverkehrsämter sollte deshalb zwingend das Vorgehen koordinieren.

☞ Schweizerischer Seniorenrat (SSR), T 031 924 11 00



## Impressum

### Kontakt

© Ecopolitics GmbH, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8  
 Telefon 031 313 34 34, Fax 031 313 34 35  
[politfocus@ecopolitics.ch](mailto:politfocus@ecopolitics.ch), [www.ecopolitics.ch](http://www.ecopolitics.ch)  
 Redaktion: Sabine Graf, [graf@ecopolitics.ch](mailto:graf@ecopolitics.ch) (Leitung)  
 Rebekka Gammenthaler, [gammenthaler@ecopolitics.ch](mailto:gammenthaler@ecopolitics.ch)  
 Redaktionsschluss: 14. Februar 2017  
 Gedruckt auf Papier mit mindestens 50% FSC-Anteil

### Themen

Ecopolitics publiziert zu folgenden Politthemen die Zeitschrift politfocus als Print- und/oder PDF-Version:

politfocus agrarpolitik	ISSN 1661-4771
politfocus bildungspolitik	ISSN 1661-4801
politfocus gesundheitspolitik	ISSN 1661-481X
politfocus sozialpolitik	ISSN 1661-5549
politfocus umweltpolitik	ISSN 1661-4836
politfocus politique environnementale	ISSN 1661-5557
politfocus wirtschaftspolitik	ISSN 1661-5530

### Abonnemente

Ein Jahresabonnement können Sie bequem auf unserer Webseite bestellen. Unter [www.politfocus.ch](http://www.politfocus.ch) finden Sie auch die aktuellen Preise sowie die geltenden Konditionen.

### Erscheinungstermine

Die nächste Ausgabe (Nr.2) erscheint am 29. März 2017 mit dem Rückblick auf die Frühjahrssession.

### Infoprodukte von Ecopolitics

*politfocus*: Übersicht zu den wichtigsten politischen Geschäften im jeweiligen Themenbereich – achtmal jährlich vor und nach den Sessionen der Eidgenössischen Räte.

*politmonitoring*: Regelmässige Berichterstattung zu den Sie interessierenden Geschäften bis zu ihrem Abschluss.

*politagenda*: Wöchentliche Übersicht zu Terminen von Parlament, Kommissionen, Vernehmlassungen und Medien in Ihrem Themengebiet.

### Ecopolitics

Ecopolitics ist Partnerin von Institutionen, die sich professionell in die Politik einbringen wollen. Wir informieren über Politik, erarbeiten Analysen und Strategien und helfen Ihnen, Ihre Anliegen wirkungsvoll in die Politik einzubringen. Wir führen Geschäftsstellen von Organisationen und geben unser Wissen in Kursen weiter.

[www.ecopolitics.ch](http://www.ecopolitics.ch)